

**Achte Fassung:**

**Stand 22.1.2024**

## **Satzung der Ökumenischen Kranken- und Bürgerhilfe Bernau e.V.**

### **Vorwort:**

Im Jahr 1987 haben sich Bernauer Bürger entschlossen, eine Ökumenische Kranken- und Bürgerhilfe zu gründen.

Sie soll eine selbstlose, auf gegenseitige Achtung von christlichen Motiven geprägte Zusammenarbeit schaffen und mildtätige Hilfe erbringen, ohne Ansehen der Person und Weltanschauung.

### **§ 1 Name und Sitz**

Der Verein führt den Namen:

**Ökumenische Kranken- und Bürgerhilfe Bernau e.V.**

und hat seinen Sitz in Bernau a. Ch.

Der Verein ist assoziiertes Mitglied beim Caritasverband der Erzdiözese München und Freising.

### **§ 2 Geschäftsjahr**

Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr

### **§ 3 Zweck des Vereins**

Der Verein leistet Hilfe für die Bewohner der Gemeinde Bernau a. Ch., insbesondere durch Altenpflege, Familienhilfe, Kinderbetreuung, Beratungsdienste im sozialen Bereich und sonstige Hilfen und widmet sich damit mildtätigen Zwecken in sozialen Bereichen.

Um die Versorgung der älteren Bürger der Gemeinde zu verbessern, plant der Verein die Errichtung einer Senioren-Tagesstätte, die eine Vereinsamung alleinstehender Mitbürger verhindern und pflegende Familienangehörige zumindest tageweise entlasten soll.

Er strebt – je nach Gegebenheit – eine Mitarbeiterschaft aus haupt-, nebenberuflichen und ehrenamtlichen Tätigkeiten an.

Die Arbeit des Vereins ist offen für alle Hilfesuchenden, ohne Rücksicht auf Geschlecht, Konfession und Weltanschauung. Auf Leistungen des Vereins besteht kein Rechtsanspruch.

#### **§ 4 Selbstlose Tätigkeit**

Der Verein ist selbstlos tätig. Er verfolgt keine eigenwirtschaftlichen Zwecke. **Er dient ausschließlich und unmittelbar mildtätigen Zwecken im Sinne § 53 Nr.1 der AO.**

#### **§ 5 Mittelverwendung**

Mittel des Vereins dürfen nur für satzungsgemäße Zwecke verwendet werden. Die Mitglieder erhalten keine Zuwendungen aus Mitteln des Vereins.

#### **§ 6 Verbot von Begünstigungen**

Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck des Vereins fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergünstigungen begünstigt werden.

#### **§ 7 Erwerb der Mitgliedschaft**

Vereinsmitglieder können natürliche Personen oder juristische Personen werden.

Der Aufnahmeantrag ist schriftlich zu stellen. Über den Aufnahmeantrag entscheidet der Vorstand.

Gegen die Ablehnung, die keiner Begründung bedarf, steht dem/der Bewerber/ Bewerberin die Berufung an die Mitgliederversammlung zu, welche dann endgültig über den Antrag entscheidet.

#### **§ 8 Beendigung der Mitgliedschaft**

Die Mitgliedschaft endet durch Austritt, Ausschluss, Tod oder Auflösung der juristischen Person.

Der Austritt erfolgt durch schriftliche Erklärung gegenüber dem Vorstand. Die schriftliche Austrittserklärung muss mit einer Frist von einem Monat jeweils zum Ende des Geschäftsjahres gegenüber dem Vorstand erklärt werden.

Ein Ausschluss kann nur aus wichtigem Grund erfolgen. Wichtige Gründe sind insbesondere ein, die Vereinsziele schädigendes Verhalten, die Verletzung satzungsmäßiger Pflichten oder Beitragsrückstände von mehr als einem Jahr.

Über den Ausschluss entscheidet der Vorstand. Gegen den Ausschluss steht dem Mitglied die Berufung an die Mitgliederversammlung zu, die schriftlich binnen eines Monats an den Vorstand zu richten ist.

Die Mitgliederversammlung entscheidet endgültig. Dem Mitglied bleibt die Überprüfung der Maßnahme durch Anrufung der ordentlichen Gerichte vorbehalten. Die Anrufung hat aufschiebende Wirkung bis zur Rechtskraft der gerichtlichen Entscheidung.

## **§ 9 Beiträge**

Von den Mitgliedern werden Beiträge erhoben. Die Höhe der Beiträge und deren Fälligkeit bestimmt die Mitgliederversammlung.

## **§ 10 Organe des Vereins sind:**

- a) die Mitgliederversammlung
- b) der Vorstand

## **§ 11 Mitgliederversammlung**

Die Mitgliederversammlung ist das oberste Vereinsorgan. Zu ihren Aufgaben gehört insbesondere die

- a) Wahl und Abwahl des Vorstands, Entlastung des Vorstands, Entgegennahme der Berichte des Vorstands, Festsetzung von Beiträgen und deren Fälligkeit, Beschlussfassung über die Änderung der Satzung, Beschlussfassung über die Auflösung des Vereins, Entscheidung über Aufnahme und Ausschluss von Mitgliedern in Berufungsfällen, sowie weitere Aufgaben, soweit sich diese aus der Satzung oder nach dem Gesetz ergeben.
- b) Die Mitgliederversammlung findet im ersten Halbjahr eines Geschäftsjahres statt.
- c) Der Vorstand ist zur Einberufung einer außerordentlichen Mitgliederversammlung verpflichtet, wenn mindestens ein Viertel der Mitglieder dies schriftlich unter Angabe von Gründen verlangt.
- d) Die Mitgliederversammlung wird vom Vorstand unter Einhaltung einer Frist von zwei Wochen unter Angabe der Tagesordnung einberufen. Die Einladung erfolgt durch Bekanntgabe in der aktuellen Monats-Ausgabe des „Bernauers“ und mittels Plakatanschlag in den Anschlagstafeln der Gemeinde oder soweit möglich, per E-Mail.
- e) Die Tagesordnung ist zu ergänzen, wenn dies ein Mitglied spätestens bei Beginn einen Antrag stellt.
- f) Anträge über die Änderung der Satzung und über die Auflösung des Vereins, die den Mitgliedern nicht bereits vor der Versammlung zugegangen sind, können erst bei der nächsten Mitgliederversammlung beschlossen werden.
- g) Die Mitgliederversammlung ist ohne Rücksicht auf die Zahl der erschienenen Mitglieder beschlussfähig.

- h) Die Mitgliederversammlung wird von einem Vorstandsmitglied geleitet. Er bestimmt vorab zwei Mitglieder für den Wahlausschuss, die bei den geheimen Wahlgängen die Stimmzettel auszählen.
- i) Zu Beginn ist ein Schriftführer zu wählen.
- j) Die Mitgliederversammlung kann (in offener oder geheimer) Abstimmung mit einfacher Mehrheit beschließen, dass die Wahl des/der Kassier(in) per Akklamation stattfinden soll.
- k) Jedes Mitglied hat eine Stimme. Das Stimmrecht kann nur persönlich oder für ein Mitglied unter Vorlage einer schriftlichen Vollmacht ausgeübt werden.
- l) Bei Abstimmungen entscheidet die einfache Mehrheit der abgegebenen Stimmen. Bei Stimmengleichheit entscheidet der 1. Vorstand.
- m) Satzungsänderungen und die Auflösung des Vereins können nur mit einer Mehrheit von 2/3 der anwesenden Mitglieder beschlossen werden.
- n) Stimmenthaltungen und ungültige Stimmen bleiben außer Betracht
- o) Über die Beschlüsse der Mitgliederversammlung ist ein Protokoll anzufertigen, das vom Versammlungsleiter und dem Schriftführer zu unterzeichnen ist.

## **§ 12 Vorstand**

Der Vorstand im Sinn des § 26 BGB besteht aus dem/der 1. und 2. Vorsitzenden und dem/der Kassier/in. Sie vertreten den Verein gerichtlich und außergerichtlich jeweils einzeln. Zwei Vorstandsmitglieder vertreten gemeinsam.

Beim Erwerb und der Veräußerung von Grundstücken, Wohnungseigentum und grundstücksgleichen Rechten, bei der Bestellung und Aufgabe von dinglichen Rechten und Belastungen, bei der Aufnahme von Darlehen von über 10.000 Euro, der Übernahme von Bürgschaften und dem Abschluss von Gesellschaftsverträgen bedarf es eines vorherigen Beschlusses der Mitgliederversammlung.

Der Vorstand wird von der Mitgliederversammlung auf die Dauer von vier Jahren gewählt. Die Wahl findet in geheimer Abstimmung statt. Die Mitgliederversammlung kann mit einfacher Mehrheit beschließen, dass die Wahl des/der Kassier(in) per Akklamation stattfinden soll.

Vorstandsmitglieder können nur Mitglieder des Vereins werden. Eine Wiederwahl ist zulässig.

Der Vorstand kann einen Geschäftsführer bestellen.

Scheidet der erste oder zweite Vorstand vorzeitig aus dem Amt aus, führt der verbleibende erste oder zweite Vorstand den Verein bis zur nächsten periodisch

anstehenden Neuwahl. Auf Antrag der Mitgliederversammlung ist eine Neuwahl ausserperiodisch durchzuführen.

Bei Beendigung der Mitgliedschaft im Verein endet auch das Amt als Vorstand.

### **§ 13 Erweiterter Vorstand**

Dem Vorstand können als weitere Mitglieder bis zur sechs Beisitzer zur Seite gestellt werden. Die Zahl der Beisitzer wird von der Vorstandschaft festgelegt.

Die Beisitzer werden von der Mitgliederversammlung (in offener oder geheimer Abstimmung) auf die Dauer von vier Jahren gewählt. Eine Wiederwahl ist zulässig.

Mitglieder des erweiterten Vorstands sind jedoch im Unterschied zum Vorstand nach § 12 nicht vertretungsberechtigt. Beisitzer können verschiedene Funktionen innerhalb des Vorstands wahrnehmen. Dies können u. a. sein:

- Geschäftsführer als Bindemitglied zwischen Vorstand und Architekt, Funktionsträgern von Baufirmen und Behörden zur Durchführung des Bauvorhabens einer Tagespflege
- Übernahme eines bestimmten Fach-/Aufgabengebiets (z.B. Erstellung von Spendenbescheinigungen, Schriftführertätigkeiten)
- Öffentlichkeitsarbeit
- Funktion eines Fachexperten oder Know-how-Trägers
- Der Zeugwart
- Die Einsatzleiterin

### **§ 14 Kassenprüfung**

Die Mitgliederversammlung wählt für die Dauer einer Wahlperiode (§ 12 Abs. 2) einen oder zwei Kassenprüfer/-innen per Akklamation. Diese dürfen nicht Mitglied des Vorstands sein.

Wiederwahl ist zulässig.

### **§ 15 Auflösung des Vereins**

Bei Auflösung oder Aufhebung des Vereins oder bei Wegfall steuerbegünstigter Zwecke fällt das Vermögen des **Vereins der Stiftung für Bernau a. Ch. an, die das gesamte Vermögen sozialen und mildtätigen Zwecken im Gemeindebereich Bernau a. Ch., gemäß Ziffer 2 der Stiftungszwecke zu verwenden hat.**

Bernau, den